

### **3. Interpellation von Peter Bühler vom 19. April 2017 "Poststellennetz im Thurgau - wie kann ein Kahlschlag verhindert werden?" (16/IN 8/104)**

#### **Beantwortung**

**Präsidentin:** Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

**Bühler, CVP/EVP:** Es freut mich, dass die Interpellation nach dem sechsten Anlauf nun doch noch den Weg in den Rat gefunden hat. Fast befürchtete ich, dass es im Thurgau keine Poststellen mehr gibt, bevor wir hier überhaupt über die Post und die Poststellen sprechen können. Die Post ist nicht irgendeine Institution. Analog der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) oder der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft ist die Post im Besitz des Staates. Sie hat somit nicht nur den Bund als Eigentümer zu ertragen, bin ich versucht zu sagen, sondern die Post gehört sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern der Schweiz. Die Post selbst schreibt in ihrem Leitbild: "Die Post ist da, sie ist nah bei den Menschen und eine zuverlässige Partnerin in unserem Alltag." Nach all den Geschehnissen der kürzlichen Vergangenheit, angereichert mit dem unseligen Gebaren der PostAuto Schweiz AG, muss die Frage erlaubt sein: Ist sie das wirklich? Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen und für sein Engagement in Sachen Post herzlich. Trotzdem **beantrage** ich Diskussion, damit wir zum einen den Verantwortlichen der Post und zum anderen den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass es uns als gewählte Politiker nicht einfach egal ist, wie sich das Poststellennetz im Thurgau entwickelt. Wir wollen gehört werden, wenn heute offen über die im Thurgau immer weniger werdenden Poststellen und deren Auswirkungen gesprochen wird.

**Abstimmung:** Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

**Bühler, CVP/EVP:** Die Post hat es nicht einfach. Das ist auch mir als Politiker und Ökonom klar. Sie muss den Verfassungsauftrag erfüllen, das heisst, eine ausreichende und preiswerte Versorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten in allen Landesgegenden sicherzustellen. Den Auftrag zur Grundversorgung soll die dafür geschaffene Institution, die Post also, eigenwirtschaftlich erbringen. Dies bedeutet keine zusätzliche Abgeltung für den Grundauftrag. Die Post muss das erwirtschaften, was sie zur Erfüllung ihres Grundauftrages braucht. Soweit so gut. Die Post verfügt dafür über Instrumente: Sie hat für nicht wenige Dienstleistungen noch immer ein Restmonopol, und sie führt zusätzliche Marktleistungen, die eine Poststelle manchmal wie einen Kiosk aussehen lässt. Das sieht man, wenn man eine Poststelle besucht. Die Post verlangt, dass möglichst wenig regulatorische und politische Bedingungen auf sie fallen und sie auf veränderte Marktbedingungen im Sinne der Kostenneutralität sofort und einschränkend reagieren darf, ohne

dass die Politik eingreift. Unseres Erachtens muss man sich aber schützend vor die Bürgerinnen und Bürger stellen, damit deren Sicherstellung der Grundversorgung mit einem Poststellennetz verbunden wird, welche diesen Namen auch zukünftig verdient. Der Druck auf die Post ist gross, das ist mir klar. Es wird immer Optimierungen an veränderte Rahmenbedingungen geben. Wenn das Optimieren aber in ein Maximieren mündet, wird es volkswirtschaftlich nicht mehr wirken. Das Gegenteil ist der Fall. Man fällt plötzlich auf die falsche Optimierungsseite. Der Kanton Thurgau mit seinen rund 80 Gemeinden hat bereits überdurchschnittlich viele Poststellen verloren. Nicht einmal mehr in jeder zweiten Gemeinde hat es heute eine Post. Dank des Eingreifens unseres Regierungsrates sollen neu nicht 16, sondern nur noch zwölf Poststellen nochmals überprüft werden. Dass damit immer grössere Teile unserer Bevölkerung einen immer längeren Weg zum Besuch der Poststelle absolvieren müssen, scheint der Post egal zu sein. Es kümmert die Post ebenfalls nicht, dass damit dem Gewerbe, den Thurgauer Unternehmern und den Privatpersonen Nachteile und zusätzliche Aufwände aufgebürdet werden. Mir und zum Glück auch unserem Regierungsrat ist das nicht einfach egal. Meines Erachtens zielt die Motion auf Bundesebene des CVP-Nationalrates Christan Lohr zur Änderung der Postverordnung in die richtige Richtung. Die Grundversorgung der Bevölkerung hat oberste Priorität. Natürlich ist eine Poststelle noch kein Garant für volkswirtschaftliches Gedeihen. Wenn aber ein Staatsbetrieb so nonchalant den Begriff "Zumutbarkeit" ausdehnt, wie einen besonders grossen Kaugummi, gibt das schon zu denken. Es ist wichtig und richtig, heute die Frage zu stellen, wer am Schluss für wen oder was da zu sein hat. Der Vermerk der Post auf die in den letzten Jahren immer zahlreicheren Postagenturen, welche vor allem in den örtlichen Volg-Läden untergebracht wurden, ist sicher eine bessere Alternative, als die diskutierten Poststellen gleich ganz zu streichen. Vor allem die längeren Öffnungszeiten sind ein absolut positives Merkmal solcher Ersatzlösungen für postalische Zwecke. Ich kann allen nur empfehlen, sich einmal auf einer solchen Postagentur umzuhören. So gut es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch meinen; es ist oft alles andere als optimal für die Kunden. Von den anspruchsvollen Postkunden will ich gar nicht sprechen. Beispielsweise muss ich bei der Abgabe von fünf Paketen mit drei Paketen doch ins Zentrum fahren, weil sie über 2,5 Kilogramm wiegen. Vielleicht kann ich nur 25 oder auch einmal 50 A- oder B-Post Briefmarken auf einmal kaufen. Wenn ich mehr Briefmarken will, werde ich an die nächste Poststelle verwiesen. Oder wenn ich einen eingeschriebenen Brief aufgeben möchte, der aber an einen Empfänger in der eigenen Gemeinde adressiert ist, und daneben Kundinnen und Kunden aus derselben Gemeinde Salat und Joghurt einkaufen, ist die Diskretion absolut nicht gewährleistet. Man muss sich zudem daran gewöhnen, dass man trotz vorhandenem Postcheckkonto nicht immer Bargeld erhält. Spezi SENDUNGEN werden in nicht wenigen Agenturen schon gar nicht angenommen. Und dann, was machen die Kunden dann? Da sie ohnehin ins Zentrum fahren müssen, werden sie die Agentur in Zukunft nicht mehr aufsuchen, obwohl es für einfache Geschäfte möglich wäre. Wenn Sie denken, dass ich übertreibe, bitte ich Sie,

den "K-Tipp" 18/2017 vom 1. November 2017 zu lesen. Darin heisst es, dass viele Postagenturen einen schlechten Service bieten. Beim Besuch des "K-Tipp" seien nur zwei von 16 Agenturen befriedigend gewesen. Ein weiterer Kommentar dazu erübrigt sich. Ich möchte unserem Regierungsrat nochmals für seine Beantwortung danken. Ich spüre daraus seine teilweise Ohnmacht, welche ihn bei der Frage der Schliessung der Poststellen immer wieder begleitet. Ich möchte den Regierungsrat aber auffordern, bei seinen Bemühungen für ein funktionierendes und breit gefasstes Thurgauer Poststellennetz nicht nachzulassen. Wenn nötig soll er die Postgewaltigen auch einmal laut und undiplomatisch anpacken und den Löwen, welchen wir an der OLMA so liebgewonnen haben, knurrend und murrend rauslassen. Der Beifall der Bevölkerung und des Gewerbes wird dem Regierungsrat sicher sein.

**Martin, SVP:** Ich bin bei dieser Interpellation etwas zweigeteilt. Ich bin in einem Dorf aufgewachsen, in welchem nach der Pensionierung des Posthalters ein Waffengeschäft entstand. Es werden also nur noch Waffen anstatt Briefmarken verkauft. Insofern verstehe ich den Interpellanten. Ich bin allerdings darüber erstaunt, dass die Interpellation ausgerechnet aus der Ecke der Partei des Interpellanten stammt. Ich hätte ihm geraten, anstatt einer Interpellation einzureichen, an einer eidgenössischen Parteiversammlung teilzunehmen. Die zuständige Bundesrätin, welche die Post ebenfalls verantwortet, ist die ehemalige Parteipräsidentin. Der Verwaltungsratspräsident der Post ist der ehemalige Präsident der Bundeshausfraktion der Partei. Die heutige CEO der Post stammt aus dem Wallis und gilt als derselben Partei nahe. Der Präsident der Eidgenössischen Postkommission, der so genannten PostCom, ist ebenfalls ein Parteikollege. Er war früher Regierungsrat im Kanton Zürich. Der Preisüberwacher, welcher die Preise festsetzt, ist der Ehegatte der Generalsekretärin der Partei. Es handelt sich nicht um ein Problem für diesen Rat, sondern um eine reine Parteigeschichte. Deshalb kommt es mir vor, als wäre man gleichzeitig Brandstifter und Berufsfeuerwehrmann. Als Konsumentenschützer müsste ich sagen, dass die Post nicht in Gelb, sondern in Orange daherkommen müsste.

**Opprecht, FDP:** "Meine Post. Näher am Leben. Entdecken Sie die praktischen Services der Post und vereinfachen Sie Ihren Alltag." Solche und ähnliche Werbeslogans der Post begegnen uns seit Frühling 2017 regelmässig in Inseraten im Lokalblatt, auf Plakatwänden oder in TV-Spots, parallel zu den unzähligen Ankündigungen betreffend Poststellenschliessungen landauf, landab. Es ist beruhigend und auch lobenswert, dass die Verantwortlichen der Post erkannt haben, dass sich das Kundenverhalten durch die Mobilität der Bevölkerung und die Digitalisierung verändert hat und sich die Post dem Markt anpassen muss. Viele Dienstleistungen, darauf macht die Werbung aufmerksam, können unabhängig der Öffnungszeiten digital online erledigt werden. Hier geht die Post mit der Zeit, und sie ist dabei. Am 7. Februar 2017 hat Thomas Bauer, Mitglied der Konzernlei-

tung der Post, hier im Rathaussaal Weinfelden zu Vertretern aus Regierungsrat und Thurgauer Gemeinden gesagt, dass so viel in den Ausbau unserer Post investiert werde, das heisst, in digitale Angebote und neue Kanäle, wie noch nie. Es werde aber kein Franken mehr in Beton investiert. Diese Strategie ist im Grundsatz verständlich, im Detail aber teilweise grotesk. Zwei Beispiele: Als ich kürzlich umgezogen bin, wollte ich am Postschalter die Adressänderung melden. Die Mitarbeiterin auf der Post konnte oder durfte dies nicht tun. Ich musste die Adressänderung online zuhause selber erledigen. Gleiches habe ich ein paar Monate früher bei einem Nachsendeauftrag für einen Verein erlebt. Es geht rasend schnell, wie die Post den "Face-to-Face-Kanal" immer mehr abklemmt; schneller als sie als grosses Unternehmen fähig ist, für die langjährigen kleinen und grossen Kunden, für Private wie auch für das Gewerbe akzeptable und funktionierende Ersatzlösungen zu schaffen. Die jetzige Schliessungswelle kommt zu schnell, und sie geht zu weit. Für die Berechnung der Rentabilität der Post ist nur der Umsatz mit der privaten Wohnbevölkerung massgebend. Die wichtigen Umsätze mit Gewerbe, Industrie, Dienstleistungsbetrieben und Verwaltungen werden komplett ignoriert. In grösseren Gemeinden braucht es einen umfassenden Postservice, welchen die Postagentur in einem Dorfladen heute noch nicht anbieten kann. Es sind bei den Poststellen mittelgrosser Gemeinden zu grosse Frequenzen, als dass diese Kunden am Samstag in einer Postagentur im Denner, im Coop oder in der Migros auch noch zufriedenstellend bedient werden könnten. Der Thurgauer Regierungsrat hat die Thematik der Schliessung der Poststellen in den letzten 14 Monaten nicht einfach hingenommen, sondern sich wie ein "Leu" zur Wehr gesetzt und beispielsweise als erster Kanton die Postverantwortlichen vor die versammelten betroffenen Gemeindevertreter zur Informationsveranstaltung zitiert. Folgende Episode soll daran erinnern, dass sich konstruktiver Widerstand bei der Post lohnen kann: Vor vielen Jahren wollte die Post im Thurgau in einem kleinen Dorf eine Poststelle ersatzlos streichen. Die damalige Ortsbehörde protestierte solange, bis die Post eine kreative und für sie offenbar wirtschaftlich tragbare Ersatzlösung präsentierte, welche sich heute Postagentur nennt. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung. Sie begrüsst es, dass sich der Regierungsrat für die Thurgauer Poststellen zur Wehr setzt und wie in der Antwort ausgeführt, seine kritische Haltung gegenüber der Revision des Postgesetzes dargelegt hat. Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, sich für ein verbleibendes Poststellennetz und eine Verbesserung der weiteren Dienstleistungen einzusetzen, ohne eine betriebswirtschaftlich erfolgreiche Post zu verunmöglichen.

**Bornhauser**, EDU: Mit dem massiven Abbau der Poststellen ist die Grundversorgung gefährdet. Ein flächendeckendes, gut erreichbares Poststellennetz ist vor allem für das lokale Gewerbe, aber auch für die ältere Generation und für Menschen mit einer Beeinträchtigung wichtig. Natürlich erledigen immer weniger Leute ihre Zahlungen mit dem "Postbüechli". Es ist auch bekannt, dass Briefe hauptsächlich elektronisch verschickt

werden. Hingegen hat die Paketpost stark zugenommen; Internet-Shopping sei Dank. Das Kundenverhalten hat sich verändert. Den Dienstleister Post braucht es aber trotzdem, gerade auch in ländlichen Regionen. Selbst wenn sich die Schweizerische Post für die Umwandlung von Poststellen in Agenturen stark macht, kann es nicht sein, dass in aufstrebenden Gemeinden wie Berg, Erlen, Matzingen und vielen anderen die Postagenturen mit umfassenden Dienstleistungen geschlossen werden. Die Fragestellung des Interpellanten, wie ein Kahlschlag verhindert werden kann, ist auf Ebene des Grossen Rates schwierig zu beantworten. Im September 2015 reichte Nationalrat Christian Lohr eine Interpellation mit dem Titel "Kahlschlag bei den Poststellen" ein. Am 18. November 2015 wurde die Interpellation nicht sehr befriedigend für den Interpellanten beantwortet und am 18. Dezember 2015 im Nationalrat behandelt. Obwohl in der Postverordnung eine Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Kantonen erwähnt ist, sieht es in der Realität anders aus. Die Post schliesst weiterhin Poststellen, und die Gemeinden haben das Nachsehen. Da wird am falschen Ort gespart. Die Post schreibt Gewinne, baut aber auf Kosten der Bevölkerung massiv Poststellen ab. Das geht für uns nicht auf. Die EDU-Fraktion begrüsst die breite Unterstützung des Regierungsrates und dankt ihm für sein Engagement.

**Fisch**, GLP/BDP: Wir rekapitulieren etwas regionaler gefärbt die Debatten der Eidgenössischen Räte im letzten Frühling. Zwischenzeitlich entwickelte sich landesweit eine Diskussion, nicht zu Letzt dank Presseberichten über poststellenlose Gemeinden. Immer wieder ist man auf dieselbe Formulierung gestossen: "Es droht ... ." Es ist normal, dass wir Änderungen kritisch betrachten. Veränderung geschieht aber, ob wir das wollen oder nicht. Vielmehr stellt sich die Frage, wie wir mit Veränderung umgehen. Die GLP/BDP-Fraktion sieht Veränderungen in erster Linie nicht als Bedrohung, sondern als Chance an. Wir befinden uns längst im Zeitalter der Digitalisierung. Ein Fakt, der sehr gerne propagiert und wiederholt wird. Vor allem wenn man das Schlagwort "Digitalisierung" in Wahlmaterial oder Berichten verwendet, kann man sich als modern und dynamisch präsentieren, ohne dass es einem weh tut. Allgemein begrüssen wir die Digitalisierung, blenden aber aus, was es im Endeffekt heissen kann: nämlich ein tiefgehender Strukturwandel und ein völlig neues Kundenverhalten, und zwar in jeder Branche. Wir stehen diesbezüglich zwar erst am Anfang, in den Geschäftszahlen der Post schlägt sich dies aber schon längst nieder. Das Schaltergeschäft geht zurück. Die Bedürfnisse der Kunden sind heute eben anders. Die Post braucht auch als Staatsbetrieb die nötigen Freiheiten zur Weiterentwicklung. Beispielsweise hat die Umwandlung einer Poststelle in eine Agentur nicht von der Hand zu weisende Vorteile. Es ist eine Bündelung von Kräften. Postagenturen können dabei helfen, das so oft heraufbeschworene "Lädelersterben" zu bekämpfen. Wenn wir von Kundenfreundlichkeit sprechen, bieten die Postagenturen bezüglich der Öffnungszeiten riesige Fortschritte und Vorteile. Die Post braucht den nötigen Freiraum zur Weiterentwicklung, damit Innovation passieren kann. Als Politiker ist es

unsere Pflicht, die Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass die Post in einem liberalisierten Wettbewerb agieren und sich dem Wettbewerb stellen kann. Von Auswüchsen, wie sie derzeit bei der PostAuto Schweiz AG geschehen sind, sind wir nicht ganz gefeit. Diese können wir hier im Thurgau ohnehin nicht verhindern. Freiraum gewähren heisst nicht, dass wir dem Service Public eine Absage erteilen müssen. Es ist verständlich, dass viele Schweizerinnen und Schweizer dem gelben Riesen positive Gefühle und eine gewisse "Postalgie" entgegenbringen. Doch das Umfeld ist heute wesentlich anders als noch vor zehn Jahren. "Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit." Dies gilt natürlich nicht für Staatsbetriebe. Dort gilt: "Wer nicht mit der Zeit geht, wird ineffizient, entspricht den Kundenbedürfnissen nicht mehr und verursacht im Endeffekt steigende Leerläufe." Deshalb setzen wir uns für eine moderne, wettbewerbsfähige und kundenfreundliche Post ein.

**Feuerle, GP:** Vor zwei Jahrzehnten wurde bei der ehemaligen PTT der Weg der Liberalisierung eingeschlagen. Post und Telefon wurden auf Druck der bürgerlichen Parteien getrennt. Es erstaunt nicht, dass Kantonsrat Urs Martin nun die Hauptschuld für die Schliessung der Poststellen einer orangen Partei in die Schuhe schiebt. Wenn man etwas für das Volk tun will, sollte die Volkspartei vorwärtsmachen. Das Monopol bei den Paketen ist gefallen. In meinem Weiler sehe ich daher bis zu vier verschiedene "Päckli-pöstler", welche täglich dieselbe Strecke zurücklegen. Meines Erachtens ist dies nicht sinnvoll. Die Mehrheit des Stimmvolkes wollte es so, selbst die sonst meist konservativen Thurgauerinnen und Thurgauer. Dazu gab es bei der Digitalisierung in den letzten 20 Jahren einen nie dagewesenen Schub. Ich selber nutze täglich die Digitalisierung in meinem Kleinbetrieb. Bestellungen und Offerten werden meist per E-Mail verschickt. Briefmarken gestalte und drucke ich in meinem Büro selber. Zudem erledige ich alle meine Einzahlungen online. Dieses Jahr habe ich noch keine Bank betreten, sondern nur den Bancomaten besucht. Letztes Jahr war ich nur zweimal auf der Post. Die stark veränderten Gewohnheiten und der wirtschaftliche und politische Druck nötigen die Post permanent dazu, die Kosten zu senken und zu optimieren. Mit Schliessungen oder Umwandlungen der Poststellen in Agenturen können die Kosten gesenkt werden. Ich wundere mich schon lange, wie es beispielsweise möglich ist, einen Brief für 85 Rappen vom Bergell ins abgelegenste Dorf im Jura zu transportieren, für einen Franken sogar innert 24 Stunden, gar nicht zu sprechen von den vielen Paketen, welche für wenige Franken bereits am Folgetag prompt zugestellt werden. Nebst einer ausgeklügelten Logistik ist dies nur mit dem Briefmonopol und einer Quersubventionierung möglich. Kurze einfache Zustellungen in grossen Mengen subventionieren die Zustellung in ländliche Gebiete und abgelegene Bergtäler. Rentable Poststellen subventionieren unrentable Poststellen. Früher wurde die Post vor allem durch das Telefon quersubventioniert. Wenn die Bevölkerung und die Politikerinnen und Politiker ein engmaschiges Poststellennetz und eine gute Grundversorgung möchten, müssen sie bereit sein, Quersubventionierungen und Mono-

pole zuzulassen und/oder höhere Preise aufgrund der Mehrleistungen in den ländlichen Gebieten zu akzeptieren. Meines Erachtens kann die Post nur so ein engmaschiges Netz und ein noch engmaschigeres Briefkastennetz betreiben. Die Angestellten der Post verrichten bereits sehr effiziente Arbeit. Die Zitrone ist ausgepresst. Den Angestellten sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Grünen begrüssen ein engmaschiges Poststellen- und Briefkastennetz und befürworten selbstverständlich die Bemühungen des Regierungsrates zum Erhalt der Poststellen auch in den ländlichen Gebieten. Dies gehört zur Grundversorgung. Wir bitten die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker wie auch die grösste Partei der Schweiz, Quersubventionierungen und Monopole für einen flächendeckenden Service Public zuzulassen.

**Kern, SP:** Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation und für seinen Einsatz gegen eine weitere Ausdünnung unseres Poststellennetzes. Die Ausdünnung geht auch dem nationalen Parlament zu weit. So wurde eine Motion, welche sich explizit gegen die Schwächung des Service Public in den Gemeinden wehrt, mit grosser Mehrheit überwiesen. Die Mitglieder unserer Fraktion sehen sich keinesfalls als Gegnerinnen und Gegner der fortschreitenden Digitalisierung. Diese kann Menschen, welche nicht mehr über eine gute und stabile Mobilität verfügen, und davon sind weitaus nicht nur ältere Menschen betroffen, den Zahlungsverkehr und die Kontakte nach aussen sehr erleichtern. Man kann das eine, die Digitalisierung, tun, soll jedoch das andere, den klaren politischen Auftrag der Post, welcher über Briefabfertigungen und Einzahlungen hinausgeht, keinesfalls lassen. Die Post ist auch Ausbildungsstätte sowie für die professionelle Beratung am Schalter und für eine zeitgerechte Zustellung der Post durch die Briefträger verantwortlich. Der Regierungsrat möchte Poststellen in Agenturen umbauen. Es empfiehlt sich, dazu den Bericht im "K-Tipp" 18/2017 vom 1. November 2017 zu lesen. Dies wurde bereits erwähnt. So haben von 16 überprüften Agenturen nur gerade einmal deren zwei überzeugt. Es ging von falsch frankierten Päckli, überhöhtem Porto bis hin zu zu wenig Bargeld. Eine Poststelle war infolge Ferien gar für drei Wochen geschlossen; zudem fehlt es oft an Professionalität. Das ist eigentlich verständlich, denn es ist nicht der Auftrag der Volg-Verkäuferin, Postfinanzen zu regeln. Das Sprichwort: "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" führt in diesen Fällen zu beidseitigem Ärger: einerseits für die Person in der Agentur, welche in einer Schnellbleiche-Ausbildung ihr Bestes zu geben versucht und andererseits für die Kunden, welche dadurch unnötige Umtriebe haben. Zur demographischen Entwicklung: Mein Departement in Kreuzlingen führte 2017 eine Umfrage zu "Leben und Wohnen im Alter" in unserer Stadt durch. Die Umfrage richtete sich an Menschen ab 50 Jahren bis 85 Jahre plus. Über 70% der Befragten haben geantwortet, dass sie es nach wie vor schätzen und begrüssen, wenn sich eine Postagentur in ihrer unmittelbaren Nähe befindet. Unsere Fraktion sieht sehr wohl, dass die Post im Wettbewerb steht und wirtschaftlich denken muss. Wir träumen auch nicht von einer Post wie vor 40 Jahren. Wir fordern aber, dass eine

professionelle, soziale und kundenorientierte Post auch im Zeitalter der Digitalisierung und steter Gewinne nicht durch die Gewinnmaximierung aufgefressen wird. Wir werden den Regierungsrat auch in Zukunft in seinen postalischen Bemühungen unterstützen.

**Vonlanthen, SVP:** Ich spreche für die SVP-Fraktion und stütze mich dabei stark auf Kantonsrat Konrad Brühwiler, als ehemaliger Posthalter ein Experte in dieser Sache. "Meine Post ist da, wo wir sie brauchen" oder "Meine Post ist da, wo ich bin". Mit dieser Kampagne umgarnt die Schweizerische Post zurzeit ihre Kunden. Geht es um Werbung in eigener Sache, wird bei der Post "Beziehung" gross geschrieben. Schliesslich ist sie Kommunikationsanbieterin. Doch es ist ein Unterschied, ob es heisst: "Die Post geht mit der Zeit" oder ob man aber sagt: "Mit der Zeit geht die Post". Beides ist zutreffend, letzteres aber leider zutreffender. Der Regierungsrat schreibt in der Beantwortung der vorliegenden Interpellation von jahrelangen Interventionen beim Präsidium des Verwaltungsrats und bei der Geschäftsleitung der Post. Er nennt den Dialog konstruktiv. Von betroffenen Gemeindevertretern, denen der Verlust der Dorfpost drohte oder droht, ist anderes zu hören. Als Betroffene erlebten sie die Postmanager offensichtlich wenig verständnisvoll. Gerade bei der Veröffentlichung der Kennzahlen, Kundenzahlen, Umsatzzahlen, Kosten etc. sind die Vertreter der mächtigen Post wenig kommunikativ. Sie sprechen von einem strengen Geschäftsgeheimnis. Die so genannten Netzentwickler kommen mit der klaren Strategie, die Poststelle aufzuheben. Dabei geht es ihnen nicht darum, die Bedürfnisse zu erfahren, sondern darum, die Leute über bereits beschlossene Schritte zu informieren. Gegen öffentlichen Protest sind sie immun. Bis 2020 will der Staatskonzern also bis zu 600 Filialen schliessen und über 1'000 Stellen abbauen. Andererseits spricht er von über 4'000 Zugangsmöglichkeiten der Post. Da wird man den Verdacht nicht ganz los, dass neu jeder öffentliche gelbe Briefkasten statistisch als Zugangspunkt erfasst wird. Der Regierungsrat versucht darzulegen, er habe sich seit Jahren gegen die Ausdünnung des Poststellennetzes gewehrt. Die Frage sei erlaubt: Was hat der Regierungsrat mit seinen Interventionen bewirkt? In der Antwort heisst es, dass bis 2020 vier Poststellen weniger überprüft würden als ursprünglich geplant. Was heisst überprüft? Viel besser kann man die Strategie der Hilflosigkeit gar nicht umschreiben. Mir kommt die Situation bei den Medien in den Sinn. Sie ist mindestens so trist wie bei der Post. In der Antwort auf diverse Vorstösse sprach der Regierungsrat gerne von konstruktiven Gesprächen mit den Verlagshäusern und Chefredaktionen. Bis dem damaligen Regierungspräsidenten Dr. Claudius Graf-Schelling in einem Interview endlich der Kragen platzte, als er davon sprach, dass der Regierungsrat nie so getäuscht worden sei wie von einem grossen Zürcher Verlagshaus; wohltuend klare Worte. Stellt sich der Regierungsrat auch einmal selbstkritisch die Frage, was seine Interventionen bewirken und warum sie nicht mehr bewirken? Ein anderer Aspekt: Viele unserer Dörfer und Städtchen verlieren nicht nur die Post. Sie haben längst auch ihr Leibblatt verloren. Sie verlieren den Polizeiposten, das Kino, den Arzt, die Metzger, die Beiz. Sie verlieren ihre sozialen

und kulturellen Treffpunkte, ihre Foren und ihre Identität. Die Menschen, vor allem die sesshafteren, verlieren ihre Heimat. Das ist das Bedenkliche und Bedrohliche. Ich meine nicht, dass früher alles besser gewesen sei. Doch früher war es offensichtlich einfacher, zu einer örtlichen Identität zu kommen und damit auch zur Freude an einem öffentlichen Engagement. Früher waren einige Instanzen auch etwas mutiger. Beispielsweise Regierungsräte, aber auch Medienkommentatoren, welche sich heute kaum kritisch zum Poststerben äussern. Ich denke an einen währschaften Weinfelder Regierungsmann, der einem Redaktor der "Thurgauer Zeitung" in den 80er-Jahren auch einmal ins Gesicht sagte, dass er einen "Seich" geschrieben habe. Man wusste, woran man war. Heute tummeln wir uns wortreich in einer politischen Wohlfühlscene und rühmen unsere konstruktiven Dialoge. Zurück zur Interpellation: Die Öffnungszeiten bei gewissen alternativen Zugangspunkten sind positiv zu werten. Hingegen sind die angebotenen Dienstleistungen völlig ungenügend. In dieser Beziehung braucht es nebst den hartnäckigen Bemühungen der kantonalen Politik unmissverständliche Forderungen der eidgenössischen Politik. Es ist höchste Zeit, dass der Grundversorgungsauftrag der Post und somit das Postgesetz geändert werden. Laut "Tages-Anzeiger" sagte die Postchefin Susanne Ruoff zur Schrumpfung des Poststellennetzes, dass die Kunden es so wollen. Da darf man fragen, wie nahe die Oberen der Post bei den Kunden sind. Die Post und die Politik sollten mehr von den Bedürfnissen der Bevölkerung und gerade auch von jenen der Landbevölkerung reden. Die Postchefin erlebt es aus aktuellem Anlass, was es heisst, immer mehr Vertrauen zu verlieren.

**Ackerknecht**, CVP/EVP: 1970 schickte mich mein Grossvater mit 1'500 Franken auf die Post. Das war damals, aber auch heute viel Geld. Heute bin ich selber Grossvater und erledige die Bankgeschäfte per E-Banking. Als ich heiratete, war es schick, wenn man am Abend zur Hochzeit ein Telegramm erhielt. Wir wissen alle, dass diese nostalgischen Zeiten vorbei sind. Ich danke meinem Faktionskollegen für die Interpellation und dem Regierungsrat, der die Fragen ernst nimmt, für seine Beantwortung. Ich danke auch den Votanten, welche sich im positiven Sinne geäussert haben. Meines Erachtens ist es richtig und wichtig, dass der Kanton Thurgau standhält und Gegendruck entwickelt. Jene Hunde, die jetzt nicht bellen, werden nicht beachtet. In diesem Veränderungsprozess heisst das einfach, dass der Thurgau in der Übergangsphase, in welcher wir uns befinden, nicht schlechter als andere bedient wird. Die Welt hat sich verändert, wir haben uns selber verändert, und wir haben uns mit der Welt verändert. Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Dies bedeutet, dass wir viele Dienstleistungen und Informationen selber handhaben müssen. Beispielsweise bei 0800 Telefonnummern sitzen die Berater irgendwo, um Probleme zu besprechen und wenn möglich zu lösen. Viele von uns kennen den Ärger, der damit verbunden ist. Diese Prozesse sind bei allen Grossfirmen voll im Gange. Wir müssen uns ihnen anpassen, auch wenn alles immer unpersönlicher wird. Die Post muss wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein und bleiben, ohne jedoch die Buch-

haltung zu manipulieren. Die Sache mit der PostAuto Schweiz AG ist derzeit in aller Munde. Die Post muss mit neuen Produkten neue Märkte erschliessen. Jüngste Meldungen aus den Medien zeigen, dass dies nicht immer glatt über die Bühne geht, beispielsweise als es um die Nichterstattung von Rabatten bei Massensendungen ging oder beim Einsammeln von Nespresso-Kapseln, bei welchem es um Marktbevorzugung ging. Bei der vorliegenden Interpellation geht es um die Frage, wie viele Poststellen genug sind. Heute unterhält die Schweizerische Post das dichteste Poststellennetz Europas. Der Trend der Schliessungen oder der Verlagerungen auf Agenturen wird sich fortsetzen. Es stellt sich nur die Frage, in welchem Zeitraum dies geschehen wird. Meines Erachtens ist aber eine andere Frage von Bedeutung: Was bietet die Post dem Kunden von morgen wie und wann zu welchem Preis an? Die Kriterien für die Erreichbarkeit haben derzeit eine wohl hohe Priorität. Die Standortfrage wird jedoch vor allem für Private an Bedeutung verlieren. So gibt es den Hauservice in Gemeinden ohne Poststelle oder Agentur. Von Montag bis Freitag kommt die Botin oder der Bote auf Bestellung vorbei. Post "Quo vadis"? Der Service Public erhält ein neues Gesicht. Letztlich werden wie bei vielem die Kosten der entscheidende Faktor spielen. Herr und Frau Schweizer wünschen sich wohl den Service Public. Wenn es aber um den Preis beziehungsweise um die Kosten geht, wird hart abgerechnet. Nur wenige sind bereit, freiwillig mehr zu bezahlen. Wir sind gespannt darauf, wie die Änderung des Postgesetzes aufgrund des Vorstosses in Bern aussehen wird. An der Grundversorgung soll festgehalten werden. Es stellt sich die Frage, wie diese aussehen wird.

**Schär, SVP:** Ich spreche zur vorliegenden Interpellation, weil ich in einer Posthalter-Familie aufgewachsen bin. Wir erlebten die Schliessung der ersten Postfiliale im Thurgau hautnah mit, wurde doch mit der Pensionierung meines Vaters am 31. August 1989 die Poststelle 8585 Eggethof als erste von drei Poststellen in der Gemeinde Langrickenbach geschlossen. Kurz danach wurde die Poststelle Zuben geschlossen. Die Gemeinde war im Glauben, dass nach der Schliessung der genannten Poststellen die Poststelle in Langrickenbach sicherlich gehalten werden kann. Aber weit gefehlt. Auch diese Poststelle wurde geschlossen. Wir wurden von der Poststelle Lengwil bedient, bis auch diese geschlossen wurde. Der Gemeinderat entschied daraufhin, eine Postagentur auf der Gemeindeverwaltung einzurichten. Selbst diese Lösung befriedigte nicht wirklich. Sie hielt die Angestellten der Verwaltung immer wieder von ihrer angestammten Arbeit ab. So entschloss sich der Gemeinderat nach ca. zwei Jahren, diese Postagentur zu schliessen. In Absprache mit der Post wurde im gesamten Gemeindegebiet der Hauservice eingeführt. Der Gemeinderat ging davon aus, dass an der darauffolgenden Gemeindeversammlung die Schliessung der Agentur kritisiert werde. Es meldete sich aber niemand. Es gab keine Kritik an der Schliessung der Postagentur. Die Einwohner waren mit der Umstellung auf den Hauservice sehr zufrieden. Ich kann die Post verstehen, dass sie ihr Poststellennetz regelmässig überprüft. Ich erwarte von ihr, dass sie mit der

Schliessung weiterer Poststellen ihre Effizienz steigert und dadurch nicht teurer wird, so dass beispielsweise ein A-Post Brief weiterhin nicht mehr als einen Franken kostet. Ich erwarte aber auch, dass die Post die verbleibenden Poststellen fortschrittlich einrichtet und genügend Personal zur Verfügung steht, damit sich die Wartezeiten für jene Leute, welche die Filiale besuchen, in einem akzeptablen Rahmen bewegen.

Regierungsrat **Schönholzer**: Ich danke Ihnen herzlich für die ausführliche Diskussion. Ich hoffe, dass die Botschaft, deren Adressat sich in Bern befindet, dort ankommt, auch wenn keine Vertreter der Schweizerischen Post AG auf der Tribüne sitzen, um sie persönlich entgegenzunehmen. Die Post ist eine nationale Institution, und sie löst sehr viele Emotionen aus. Das haben wir gehört. Die Post ist viel mehr als ein verlängerter Arm irgendeiner Partei, wie dies Kantonsrat Urs Martin festgestellt hat. Kantonsrat Wolfgang Ackerknecht hat sehr eindrücklich aufgezeigt, welche Emotionen und auch nostalgischen Erinnerungen mit der Post hier im Saal wohl jeder hat. Die Post muss betriebswirtschaftlich erfolgreich sein. Nur eine gesunde Post kann uns jenen Service Public anbieten, den wir brauchen. Sie muss sich also dem Markt und den Kundenbedürfnissen anpassen. Die Post darf dies aber nicht auf jede erdenkliche Art tun und Gewinne äufnen, woher diese auch immer kommen mögen. Die Diskussion zur Affäre der PostAuto AG haben wir noch vor uns. Die Digitalisierung verändert das Marktumfeld der Post massiv. Davon haben wir heute bereits gehört. Wann waren Sie das letzte Mal auf der Post? Die Grundversorgung mit postalischen Leistungen ist in der Schweiz und in unserem Kanton nicht gefährdet. Die Wandlung von Poststellen in Agenturen ist in vielen Fällen eine gute Lösung. Sie hilft den Dorfläden in unseren dezentralen Strukturen, um überleben zu können. Auch davon haben wir heute bereits gehört. Ich habe den Verantwortlichen der Post immer wieder und unmissverständlich gesagt, dass jene Schliessungen, die jetzt in grossen Gemeinden anstehen, problematisch sind. Man kann diese Leute nicht auch noch in den Volg-Laden quetschen. Wie steht es dort um die Diskretion? Was geschieht mit dem Ausweichverkehr, welcher sich zwangsläufig in die Zentren verschiebt? Ist es wirklich eine gute Lösung, auch noch Poststellen am Rande der Zentren zu schliessen, beispielsweise Scherzingen und Islikon? Erst kürzlich habe ich an einer Veranstaltung gehört, dass die Paketpost dringend Paket-Hubs sucht, von welchen aus die Anlieferungen in die Zentren erfolgen. Die Paketpost erwartet von den Gemeinden und Städten, dass dafür Plätze zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Kunden täglich mehrmals mit Paketen bedienen kann. Ich habe mir erlaubt, die Frage zu stellen, ob es nicht besser wäre, die bestehenden Poststellen zu erhalten. Dann wären die gewünschten Hubs bereits vorhanden. Denn deren Suche sei wohl nicht die Aufgabe der Gemeinden und Städte. Unser Kanton ist mit seinen dezentralen Strukturen überdurchschnittlich von den Schliessungen betroffen. Im Jahr 2000 gab es in unserem Kanton noch 132 Poststellen. Praktisch jedes Dorf verfügte über eine eigene Postfiliale. Heute sind es noch deren 35, also ein Verlust von 73%. Diesen sieht man und spürt man. Ich bin stolz, dass sich der

Kanton Thurgau und bereits mein Vorgänger wie kein anderer Kanton gewehrt haben. Das Motto der OLMA mit dem Löwen hat offenbar wirklich Spuren hinterlassen. Auch viele Gemeinden haben sich vehement gewehrt, leider meist erfolglos. Das müssen wir eingestehen. Ich danke dem Interpellanten und anderen Votanten für das Lob und die Anerkennung. Der Regierungsrat ist sehr wohl selbstkritisch. Meines Erachtens ist es nicht angebracht, uns Mutlosigkeit vorzuwerfen. Nur keine Intervention wäre fatal. Ich möchte mir nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn sich der Kanton Thurgau nicht von Anfang an vehement gewehrt hätte. Auch unsere National- und Ständeräte sind aktiv, denn die "Post" geht in Bern ab. Man kann sagen, dass wir die Post gezwungen haben, den Gemeindepräsidenten hier im Saal Auskunft zu erteilen. Ich danke an dieser Stelle Kantonsrat Kurt Baumann in seiner Funktion als Präsident des Verbandes der Thurgauer Gemeinden (VTG). Er hat zusammen mit dem Regierungsrat nicht zugelassen, dass die Post einen Keil zwischen den Kanton und die Gemeinden treibt. Dank der gemeinsamen Intervention ist es dem VTG und dem Regierungsrat immerhin gelungen, dass vier Poststellen weniger überprüft werden. Das ist ein Erfolg, selbst wenn dies nur bis 2020 garantiert wird, aber immerhin. Das gemeinsame Vorgehen des VTG und des Regierungsrates hat sich auch beim Erhalt der Drittverkaufsstellen der SBB ausbezahlt. Dies wurde viel zu wenig gewürdigt. Dort hat der Thurgau vehement insistiert. Da hat es gemeinsames Lobbying gebraucht, und es hat sich ausbezahlt. Staatskonzerne wie die Post und die Bahn reagieren in der Regel erst auf Druck der Politik und oft zu spät. Die Nähe zu den Kunden, die Strategie der Post auch über das Jahr 2020 hinaus, und aufnehmen, was den Bürgern wichtig ist, würde Vertrauen schaffen. Hier haben wir entsprechende Erwartungen an Bern. Ich sage es klar und deutlich: Es ist nicht opportun, noch schnell, schnell ein paar Poststellen zu schliessen, währenddem auf nationaler Ebene schon Entscheide gefällt wurden und eine durch Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzte Arbeitsgruppe aktiv nach Lösungen sucht. In dieser Arbeitsgruppe sind Kantone, Regionen, Gemeinden und Städte vertreten. Der Bericht der Arbeitsgruppe soll im Frühling 2018 vorliegen, also bald. Da die Konzernleitung der Post die Schliessungsstrategie aber offensichtlich unbeirrt weiterverfolgt, hat die Thurgauer Nationalrätin Edith Graf-Litscher in ihrer Funktion als Präsidentin der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard in einem Brief dazu aufgefordert, die Post anzuweisen, zumindest bis zum Abschluss der Arbeiten der Arbeitsgruppe einen Marschhalt einzulegen. Auch da stehen wir in einem engen Kontakt. Der Regierungsrat erwartet von der Post bei den zwölf anstehenden Gemeindeggesprächen zur Überprüfung der Poststellen grösste Zurückhaltung. Der Regierungsrat wird auf die Revision des Postgesetzes im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss nehmen und sich im Sinne eines bedarfsgerechten Service Public einsetzen. Wir dürfen hier auf die Unterstützung unserer Thurgauer Bundeshausdelegation zählen. Dafür bin ich dankbar. Ich rate den Gemeinden, harte Verhandlungen zu führen. Sie sollen für ihre Gemeinde und ihre Region optimale Lösungen und regional abgestützte Konzepte verlangen. Ich bitte die Gemeindevertreter, da-

rauf zu bestehen, dass die Post transparent die aktuellen Zahlen und Fakten aus ihrem Postgebiet auf den Tisch legt. Die Zahlen liegen nämlich vor, aber die Post rückt diese nicht gerne heraus. Wir haben klare Hinweise darauf, dass insbesondere in gut zugänglichen Poststellen ausserhalb der Zentren sehr gute und deutlich steigende Frequenzen verzeichnet werden. Dies sind die Verlagerungseffekte der bisherigen Schliessungen. Mir ist es unverständlich, dass die Post hier mit Schliessungen weitermachen will. Es sind nicht nur ältere Menschen, die ihre Einzahlungen noch heute auf der Post erledigen, Briefe aufgeben und auf einen guten Service Public zählen. Das Engagement wird sich lohnen. Falsche Hoffnungen dürfen wir uns aber nicht machen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

**Präsidentin:** Das Geschäft ist erledigt.